

Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gew. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Anstaltsverwaltung Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld

Leitung: Bettnerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Abbestellungspreis: die 600-köpfige Kompartimentsreihe 400.— M., auswärts 500.— M., die 300-köpfige Kompartimentsreihe 250.— M., auswärts 300.— M., bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienangehörige 100.— M. und 50.— M. pro Person. Bei Reiseüberlegung 150 M.

Druckpreis: die 600-köpfige Kompartimentsreihe 400.— M., auswärts 500.— M., die 300-köpfige Kompartimentsreihe 250.— M., auswärts 300.— M., bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienangehörige 100.— M. und 50.— M. pro Person. Bei Reiseüberlegung 150 M.

Nr. 68

Dresden, Mittwoch den 21. März 1923

34. Jahrg.

Selbstschutz, Arbeiterschaft und Bürgertum

München, 20. März. Der Verfassungsausschuss des Landtags beschloß heute mit drei Anträgen der Sozialdemokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten auf Auflösung der Sturmabteilungen und Sturmgruppen. Der sozialdemokratische Antrag ersucht die Regierung, alle bestehenden Sturmabteilungen und Sturmgruppen sofort aufzulösen, Vorkehrungen gegen Neubildungen zu treffen und die Ausbildung der allen Deutschen garantierten Versammlungsfreiheit sicherzustellen. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei ersucht, derartige Einrichtungen scharf zu überwachen, um zu verhindern, daß sie über ihre Satzungen, die den Versammlungsschutz vorsehen, hinausgehen. Der Antrag der Demokraten fordert die Regierung auf, alle Sturmabteilungen, Sturmgruppen, bewaffnete Sicherheitsabteilungen oder sonstige parteipolitisch eingestellte Einrichtungen ähnlicher Art, die zur Störung der öffentlichen Ordnung geeignet erscheinen, aufzulösen.

Nach eingehender Erörterung wurde schließlich der sozialdemokratische und der demokratische Antrag abgelehnt, dagegen der Antrag der Bayerischen Volkspartei mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Auch dieser Vorgang im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags beweist, daß die Sozialisten bereit sind, auf Selbstschutzzugeständnisse zu verzichten, sofern die Organe der Arbeiterschaft die Lust abgedreht würde, aber die halb- oder ganzmonarchistische Wehrheit der bürgerlichen Parteien hängt an ihren Sitzen. Damit wird auch die Gefahr der öffentlichen und parteipolitischen Verwicklungen charakterisiert, die sich zur Zeit nicht wenig darüber aufbauen, daß zunächst in Bayern, Thüringen und Sachsen die Arbeiterschaft sich anständig, ihren republikanischen Ordnern und Selbstschutzdiensten einzuordnen. Man schreit wieder einmal nach der Reichsregierung und ihrem starken Arm wider dieses Beginnen. Es ist ja auch vom Standpunkte der von der Republik arg verurteilten Reichsbehörden aus gesehen, zu „unmohnd“ von jenen republikanischen Arbeitermassen, daß sie nicht gewillt sind, sich und die junge deutsche Republik durch die Bandenmäßigkeit angeblich „nationaler“, in Wahrheit feudaler und dynastischer Bestrebungen dienhabender Bandenführer dergewaltigen zu lassen. Gegenüber der schlecht gekleideten sittlichen Entwürdigung der Monarchisten über die Einrichtung eines republikanischen Selbstschutzes müssen doch einige Tatsachen hervorgehoben werden:

1. Tatsache ist, daß in Deutschland das Gros des Profetariats bisher davon Abstand genommen hat, für seine Ziele militärisch ausgelegte Wehren, Selbstschutzzugeständnisse usw. zu bilden. Wo Anstöße zu republikanischen Verteidigungsorganisationen bestanden, wurden sie in Verfolg des Friedensvertrages und der durch ihn bedingten Entlassung der geistlichen Erfordernissen entsprechend loyal aufgehoben, wobei gewisse Reichsbehörden, wie heute feststeht, gerade der Auskultung dieser republikanischen Organisationen ein besonders starkes Augenmerk zugewandt haben.

2. Tatsache ist, daß so, außer wenigen kaum ernsthaft in Frage kommenden Verläufen von kommunistischer Seite seit zwei Jahren die Gesamtheit der republikanischen deutschen Arbeiterschaft über keinerlei Selbstschutzzugeständnisse mehr verfügte. Wie steht es aber auf der andern Seite, bei den Freunden der Monarchie, bei jenen politischen Kräften, die früher als die patentierten Anwälte staatlicher Ordnung und Gesetzlichkeit sich aufzuspielen pflegten? Da sind trotz Entwaffnung und trotz aller Verbote eine große Zahl militärischer Organisationen nach wie vor zu finden, denen jede legale Grundlage fehlt. Nur einige seien aufgeführt:

Freikorps Dornow, Freikorps Grenzmark, Freikorps Hohbach,

die verhängte Brigade Ehrhardt (Dr. C.), die allenfalls reguläre Bezirke eingeträget hat. Ihr Widerstand im Freikorps Oberland, München, ist in den Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei aufgegangen. Auch der leider vom Staatsgerichtshof wieder gestattete Jungdeutsche Orden muß an der Seite dieser Organisationen genannt werden. Den Hauptplatz nimmt allerdings zur Zeit die mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei im engsten Zusammenhange stehende Nationalsozialistische Arbeiterpartei ein. Sie hat ihre selbstständigen Mitglieder in Sturmabteilungen organisiert. Das Kommando dieser Sturmabteilungen (Befehlshaber Oberleutnant Kling) steht in München. Die Sturmabteilungen gliedern sich in Hundertschaften. Regimentsverbände sind in Bildung begriffen. Der Parteiführer Hitler hat erklärt, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei stehe mit gewissen Reichswehrstellen in enger Fühlung. Im Reichstag wurde leider offenbar, daß Reichswehrstellen noch bis in die längste Zeit mit aktiver, willkürlicher Organisationen, die doch offiziell längst aufgelöst sein sollen, und andern Verbänden der Reaktion lebhaft Beziehungen unterhalten. Die Führer der Nationalsozialisten stehen gar nicht an, rückhaltlos zu erklären, daß sie bei

der ersten passenden Gelegenheit über die Arbeiter, die in der Sozialdemokratie organisiert sind, herfallen wollen. Die außenpolitische Not hält diese sonderbaren „nationalen“ Heiligen nicht ab, sich auf den Bürgerkrieg einzurichten, um die Sozialdemokratie, die größte Partei des deutschen Volkes, als die feste Stütze der deutschen Republik in Trümmer zu schlagen. Das Reich weiß von allen diesen Dingen. Man steht aber in Berlin gar zu lange Gelwehr bei Fuß! Man hat offensichtlich nicht Macht genug, dem Strebel zu steuern, zumal im Apparat der übernommenen alten Bureokratie die Liebe zur republikanischen Staatsordnung nicht festigt, und die Keigung rechtsradikalem Treiben nachdrücklich entgegenzutreten, zweifellos recht gering ist.

Diese Tatsachen sind nicht abzuleiten. Kein Verhinderungsvorhaben kann sie aus der Welt schaffen. Die Aufgabe des effektiven Schutzes der Republik und des inneren Friedens bleibt in der Hauptsache der deutschen Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit überlassen. Derselben Arbeiterschaft, auf deren Schultern auch der wesentlichste Teil der gewaltlosen Abwehr äußerer Gewaltangriffe in die Kerngebiete der deutschen Volkswirtschaft gelegt ist. Bei einer internen republikanischen Tagung in Berlin hat einer der herborwachsenden Reichstagsabgeordneten der Deutschen Demokratischen Partei, allerdings ein Süddeutscher, aus eigenem Antriebe schon vor Jahr und Tag ausgehört, daß ohne die deutsche Arbeiterschaft die Republik lange wieder verloren sei. Der republikanische und demokratische gefinnete Teil des Bürgertums sei jedenfalls für sich allein nicht in der Lage die republikanische Verfassung wirksam zu schützen! Die nicht reaktionären Bürgerkreise sollten daher aufmerksam der deutschen Arbeiterschaft dankbar sein, daß sie gewillt ist, nicht nur mit leeren Worten und mit Zeitunaufwänden, sondern auch durch die praktische Tat die Republik vor allen Anschlägen sicherzustellen; koste es, was es wolle! Anstandslos des großen Aufwandes monarchistischer Kampforientierungen muß man aber fragen: Woher nehmen jene Reichs anarchoisten und ihre direkten und indirekten Helfersbesser in den Reichsparteien den Mut, sich über Selbstschutzmahnahmen, insbesondere der bürgerlichen und ländlichen Arbeiterschaft, zu entziehen? Die Arbeiterschaft schließt sich naturgemäß an, gerüstet zu sein auf den Augenblick, den Feld Hitler angeht. Sämt man die deutsche Arbeiterschaft für so gutmütig und dumme, daß sie sich ohne sich zur Wehr zu setzen, entziehen und die Republik dem deutschen Volke entreißen läßt? Nicht die deutschen Arbeiter wollen den Bürgerkrieg, ihn will allein der rechte Flügel des Bürgertums! Sache des Bürgertums wäre es im eigenen Lager Ordnung zu schaffen; was nach dem Ersberger- und erst recht nach dem Rathenauerord versprochen, indes

nicht gehalten worden ist. Sache der zuständigen Reichsbehörden wäre es, dem rechtsradikalen Treiben endlich einen Riegel vorzuschieben und nicht nur dann Aktivität zu zeigen, wenn es sich darum handelt, republikanische Verteidigungsmahnahmen der Selbsthilfe abzustumpfen und zu unterbinden. Lange Zeit war die deutsche Arbeiterschaft so gut wie wehrlos, jetzt beginnt sie sich zu rüsten, nachdem die Monarchisten sie zur Vorbereitung einer Gegenwehr angewiesen haben. Wer sich im Reichslager darüber entrichtet, muß als Feindler bezeichnet werden.

Der Ueberfall auf den Reichsbund

Demonstration der sozialdemokratischen Sicherheitsabteilungen in München

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag den 18. März ist es in München wiederum zu einigen Zwischenfällen gekommen. Kurz vor der Abreise der Organisation Hohbach und zahlreicher nationalsozialistischer Bundesmitglieder nach Kempten u. wurden der Jugendgruppe Fürstenfeld-Weid des Republikanischen Reichsbundes auf dem Münchner Hauptbahnhof von Pöhlentauern die schwarzrotgoldenen Fahnen gekräftigt. Die Polizei kam wegen den Witzhandeln nach der Fahne der Republik zu Hilfe!

Die Feier des Republikanischen Reichsbundes im Münchner Kindl-Keller war von vielen Tausenden besucht und nahm einen sehr erhebenden Verlauf. Der bürgerliche Justizminister Wittweg überbrachte die Grüße der bürgerlichen Republik, des besten Landes der deutschen Republik und des bürgerlichen demokratischen Freiheit. Professor Quide hielt die Rede. Die Rückkehr der republikanischen Arbeiter zum Gewerkschaftshaus vollzog sich dank der Güte eines einiger Abteilungen der sozialdemokratischen Sicherheitsabteilung ohne Störung.

Am Montag benutzte die sozialdemokratische Sicherheitsabteilung den kürzlich zum staatlichen Feiertag erklärten „Kaiserplatz“ zu einem großen Marsch in die weitere Umgebung Münchens. Der fast 2000 Mann starke Zug machte allseitig einen vortrefflichen Eindruck. Viele Genossen trugen als einheitliches Aushängereis rote Fahnen mit einem schwarzrotgoldenen Querschnitt. Der Vorführende der Münchner Parteileitung, Genosse Thomas Wimmer, dankte in einer Ansprache im Namen der Partei allen Genossen, die durch das vorübergehende Zusammenwirken in wenigen Monaten eine so starke und überläufige Organisation geschaffen haben. Mit Benutzung konnte man feststellen, daß die Partei mit Ruhe den kommenden Dingen entgegenzusehen könne. Es werde den Pöhlentauern nicht gelingen, den Part der freien Arbeiterschaft zu zerreißen. Die sozialdemokratische Sicherheitsabteilung nimmt nur in hohem Maße Partei- und Gewerkschaftsarbeit gekräftigte Genossen auf und verachtet nichtparteiliche.

Die Not der jüdischen Staatsbürger

München, 20. März. (Z. H.) Eine Abordnung des Bundes der israelitischen Kultusgemeinde hat sich zum Reichspräsidenten Dr. v. Einingen begeben und Vorstellungen wegen der Lage der Juden in Bayern erhoben. Sie wies auf die Leben und Eigentum bedrohenden Terrorakte hin und erklärte, daß ein Mangel an Rechtsschutz bestehe gegenüber der Aufrechterhaltung der Volkseigenen eines ganzen Bevölkerungs

Das Billionen-Defizit

Der Reichstag mußte sich am Dienstag trotz des bevorstehenden Beginns des neuen Rechnungsjahres noch mit einem großen Nachtragsetat für 1922 beschäftigen. Der Etat wurde angenommen.

Der Berichterstatter hob hervor, daß sich die Notwendigkeit zu dem Nachtragsetat aus dem Eindruck der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet und andre deutsche Westgebiete ergab. Die Folgen dieses Rechtsbruches für unsere Finanzwirtschaft sind verheerend. Sie legen dem Reich ungeheure neue Aufwendungen auf. Trotz des gesunkenen Dollarkurses ist immer noch eine Verdoppelung der Ausgaben gegenüber dem Stande von Mitte Januar, als die fortschreitende Geldentwertung die Anstöße des letzten großen Nachtragssetats vom November vorigen Jahres schon beträchtlich überholt hatte, eingetreten. Während nunmehr durch den Einbruch ein großer Einnahmeausfall entstanden ist im Eisenbahnverkehr, durch die eingeschränkte Kohlenförderung, Errichtung einer neuen Zollgrenze, Beschagnahme von Steuererträgen und sonstigen Wabungen usw. sind neue riesige Ausgaben entstanden durch Beschaffung von Ersatzstoffe aus dem Auslande, Lebensmittelfuhr, Fürsorge für die Vertriebenen und Mehraufwendungen an Gehältern und Löhnen. Das Programm der Regierung für die Gesundung des Reichshaushalts ist zerrissen; wir sind in einen Billionen-etat hineingekleben. Der ordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung zeigt jetzt einen Fehlbetrag von 1,3 Billionen Mark, der Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt der Fortverwaltung ist auf 3188 Milliarden Mark angewachsen. Der ordentliche Haushalt der Eisenbahnverwaltung hält zwar noch das Gleichgewicht, die Folgen der Verheerungen im Ruhrgebiet sind indessen noch nicht befristigt. Auch hier werden sich Zuschüsse aus allgemeinen Reichsmitteln als notwendig erweisen. Die Ausgaben des Haushalts zur Ausführung des Friedensvertrages haben sich um mehr als 2½ Billionen Mark gesteigert.

Der Gesamtschuldbetrag des Reichshaushalts für 1922 beträgt 7,1 Billionen Mark. Noch im Herbst war er auf 843,2 Milliarden Mark veranschlagt, er ist also um 6,2 Billionen Mark gestiegen. Er verteilt sich mit 2,8 Billionen auf die allgemeine Reichsverwaltung, mit 1 Billion auf die

Betriebsverwaltungen und mit 3,1 Billionen Mark auf den Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages. Zum Vergleich muß erwähnt werden, daß nach dem Rechnungsergebnis für 1920 der Fehlbetrag 123,4 Milliarden Mark und für 1921 160,6 Milliarden Mark betrug. Im Haushaltgesetz ist eine Anleihermächtigung von 4,4 Billionen Mark enthalten. 500 Milliarden Mark waren bereits bewilligt, und der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung soll einwischen nicht auf Anleihe genommen, sondern aus verfügbaren Betriebsmitteln gedeckt werden. Zum Ankauf von Zinlands- und Auslandsgeldscheinen sowie von sonstigen Nahrungsmitteln zur Sicherung der Volksernährung wird dem Finanzminister ein Kredit von 400 Milliarden zur Verfügung gestellt.

Vorbereitend ist noch, daß im Etat des Arbeitsministeriums die Darlehen an die Länder zur Fertigstellung angefangener Wohnbauten infolge der Geldentwertung um 6 Milliarden Mark steigen, und daß für Darlehen an die Länder zur Förderung des Wohnungsbaues 100 Milliarden eingestellt sind, die aus dem Aufkommen der erhöhten Wohnungsbaubausgabe gedeckt werden sollen. Der Etat des Reichsernährungsministeriums weist 5,2 Milliarden Mark zum Milchbezug für Säuglinge und Kleinkinder auf. Die Ausgaben des Etats des allgemeinen Pensionsfonds steigen um 62,1 Milliarden Mark infolge des Gesetzes über die Feuerungsmaßnahmen für Militärrentner. Im Haushaltsetat der allgemeinen Finanzverwaltung sind zur Erhöhung der Feuerungsbeiträge 300 Milliarden Mark mehr eingestellt, zur Gewährung von Zuschüssen an die Länder aus Anlaß von Besoldungserhöhungen 900 Milliarden Mark mehr. Zur Abwehr der durch den Einbruch in das Ruhr- und Rheingebiet entstandenen Schäden ist 1 Billion Mark eingestellt. Für Darlehen an notleidende Länder sind 160 Milliarden Mark ausgesetzt. Die Ausgaben für die Befahrungstruppen sind infolge der Geldentwertung und Umlenkung um 62 Milliarden Mark, die Reparations-Geschäften um 300 Milliarden Mark, die Ausgaben für die Einlösung der Forderungen an Betalaten gegebenen Sachwechsel um 1,3 Billionen Mark, die Kosten der Reparationskommission um 76,5 Milliarden Mark gestiegen. Für Zahlungen auf Liquidationsschäden wurden 26 Milliarden Mark mehr ein-